

## NACHRICHTEN

## Putin schiebt Verantwortung ab

MOSKAU: Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Medienmogule für den wirtschaftlichen und militärischen Verfall des Landes verantwortlich gemacht. Die Wochenzeitung «Wlast» veröffentlichte einen Mitschnitt eines Treffens Putins mit Angehörigen der 118 verstorbenen Soldaten des gesunkenen Atom-U-Boots «Kursk». Der Präsident erklärte, die Oligarchen hätten die Medien aufgekauft und manipulierten nun die öffentliche Meinung.

## Rebellen töten 13 Soldaten

COLOMBO: Die Rebellengruppe Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) hat am Freitag in Sri Lanka ein Fahrzeug der Streitkräfte angegriffen und 13 Soldaten getötet. Das Verteidigungsministerium erklärte, der Vorfall habe sich in der Nähe der Stadt Vavuniya ereignet. Acht weitere Personen seien verletzt worden. Die Soldaten der Luftwaffe seien auf dem Weg zu ihrer Basis von einer Mine getroffen worden, sagte der Sprecher des Verteidigungsministeriums.

## Nahost-Frieden in greifbarer Nähe

PARIS: Ein Friedensabkommen zwischen Israel und den Palästinensern ist nach Einschätzung des französischen Präsidenten Jacques Chirac in greifbarer Nähe. Chirac sagte am Freitag, beide Seiten müssten dafür nur noch «kleine Anstrengungen» unternehmen. Der kommende Monat müsse entscheidend für den Frieden sein. Chirac war zuvor in Paris mit dem ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak zusammengelommen, der sich seit langem um eine Vermittlung zwischen Israel und den Palästinensern bemüht.

## Geldmangel belminerräumung

ISLAMABAD: Aus Geldmangel muss das Minenräumprogramm der UNO in Afghanistan halbiert werden. Das teilte das UNO-Koordinierungsbüro für Afghanistan in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad am Freitag mit. Minenräumteams würden in unbezahlten Urlaub geschickt, die Arbeiten im Fastenmonat Ramadan Ende des Jahres ganz eingestellt. Die massive Einschränkung der Räumarbeiten werde schwere Konsequenzen für die Bevölkerung haben, sagte die UNO-Expertin Polly Brennan.

## Gaddafi: 31 Jahre an der Macht

TRIPOLIS: Wenige Tage nach der Heimreise von sechs auf den Philippinen freigelassenen Geiseln über Tripolis hat Muammar el Gaddafi den 31. Jahrestag seiner Machtergreifung begangen. Der 58-Jährige kam am Rande der Feierlichkeiten in Sirte mit zwölf afrikanischen Staatschefs zusammen.

## Clinton vertagt Entscheidung ...

Der amerikanische Präsident überlässt die Raketenabwehr-Entscheidung seinem Nachfolger

WASHINGTON: US-Präsident Bill Clinton überlässt die Entscheidung über das neue Raketenabwehrsystem NMD seinem Nachfolger. Zurzeit seien die Bedingungen für einen Start noch nicht gegeben, sagte er in einer Rede zur nationalen Sicherheit in Washington.

Das NMD-Projekt zielt darauf ab, Raketenangriffe aus Staaten wie Irak, Iran oder Nordkorea abzuwehren. Russland, China und die meisten Verbündeten der USA lehnen das Projekt ab, weil es den ABM-Vertrag verletzen würde. Zudem misslingen mehrere Tests.

Clinton verwies in seiner Rede an der Georgetown-Universität auf die «ersten Einwände» gegen das System. «Wir sollten nicht vorangehen, bevor wir davon überzeugt sind, dass das System funktionieren wird», sagte Clinton am Freitag. «Es ist viel besser, im Kontext des ABM-Vertrags und der Unterstützung durch die Verbündeten weiter zu machen.»

## Im Prinzip richtig

Der Präsident betonte, er halte die Stationierung eines Abwehrsystems in Alaska gegen Atomraketen aus Problemstaa-

ten, welche die Abkommen über Nuklearwaffen nicht unterzeichnet haben, für richtig. Die USA müssten sich auf mögliche Gefahren der Zukunft einstellen.

Die Raketenabwehr könne aber nicht für sich allein gesehen werden. Es gehe darum, die «wirkungsvollste Verteidigung aufzubauen und das strategische Gleichgewicht mit Russland zu bewahren».

## Zuerst Beweis für Zuverlässigkeit

Clinton sagte, während die Technologie des Abwehrsystems vielversprechend sei, sei dieses den Beweis für seine Zuverlässigkeit bisher schuldig geblieben. Er verwies darauf, dass die beiden letzten Tests fehlschlügen. Das System wäre nach den jetzigen Plänen in den Jahren 2006/2007 einsatzbereit. Sollte der nächste Präsident über einen Aufbau entscheiden, sei dies «im selben Zeitrahmen» möglich, versicherte Clinton, der im kommenden Januar nach zwei Amtszeiten ausscheidet.

Der demokratische Bewerber um das Weisse Haus, Vizepräsident Al Gore, äusserte sich bislang zurückhaltend über das Projekt. George W. Bush, der republikanische Präsidentschaftskandidat, ist hingegen

ein vehementer Befürworter von NMD.

## Lob aus Moskau und Brüssel

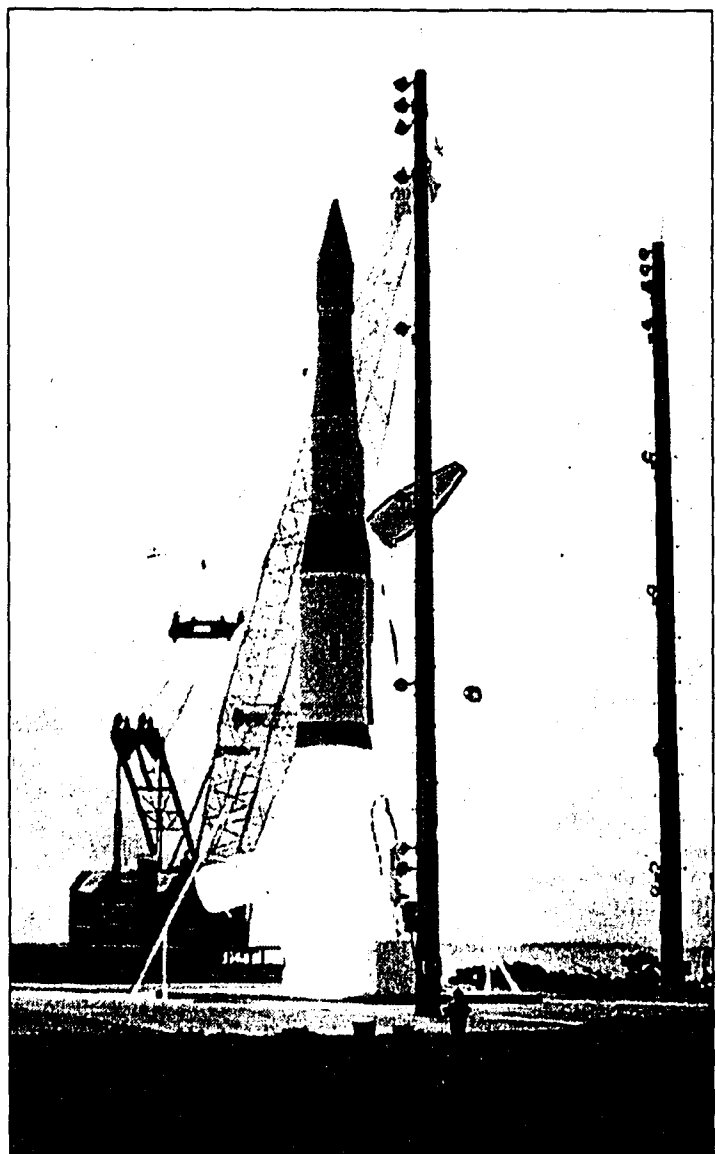
Das russische Militär lobte den Aufschub als «konstruktiv». NATO-Generalsekretär George Robertson sprach von einer klugen Entscheidung. Nach der Auffassung von Peking und Moskau verstösst der Raketen-schild gegen mehrere internationale Abrüstungsverträge.

Aber auch westliche Partner Washingtons meldeten erhebliche Zweifel an dem Vorhaben an. Experten befürchten ein neues Wettrennen, wenn die USA als einziger Atomstaat über ein Schutzschild verfügen.

## Erbe von Star-Wars

Der US-Plan knüpft an das «Star-Wars»-Programm des damaligen Präsidenten Ronald Reagan an. Die National Missile Defense (NMD) ist eine «Miniversion» der Idee Reagans von einem weltraumgestützten Abwehrsystem.

Bei dem jetzigen Projekt handelt es sich aber um eine landgestützte Abwehr mit 20 Abfangraketen, die von Satelliten und einem hochpräzisen Radarsystem am Boden zur anfliegenden gegnerischen Rakete gesteuert werden. Diese wird durch eine Kollision zerstört.



US-Präsident Bill Clinton schiebt die Entscheidung über die Raketenabwehr auf seinen Nachfolger ab. (Bild: Keystone)

## ETA übernimmt Verantwortung für vier Anschläge in Spanien

MADRID: Die baskische Untergrundorganisation ETA hat sich in Spanien zu vier Attentaten mit insgesamt vier Toten und neun Verletzten in den vergangenen Wochen bekannt.

In einer Erklärung, die am Freitag von der ETA-nahen Zeitung «Gara» veröffentlicht wurde, bekannte sich die ETA zu den Anschlägen der vergangenen Wochen. So gehen die Ermordung des baskischen Arbeitgeberchefs José María Korta, des Leutnants der Streitkräfte Francisco Casanova und zweier Polizisten, die in einem Bergdorf von einer Haftbombe unter ihrem Fahrzeug zerfetzt worden, waren auf das Konto der Terrororganisation. Die ETA bekannte sich zudem zu der Explosion einer Autobombe im Norden Madrids. Dabei waren elf Menschen teils schwer verletzt worden, darunter zwei Kinder. Dieses Attentat richtete sich laut der Mitteilung unter anderem gegen den angeblich in dem Viertel lebenden Co-Präsidenten der Grossbank Santander Central Hispano (BSCH), José María Amusatagui.

Die Separatistenorganisation räumte auch den Tod von vier ihrer Aktivisten bei der versehentlichen Explosion ihres mit Sprengstoff beladenen Autos am 7. August in Bilbao ein. Die vier Kampfführer bereiteten eine Aktion vor, hiess es. Damit ist ein Terror-Anschlag gemeint. Der jüngste Mord an einem Stadtrat in der baskischen Stadt Zumarraga am Dienstag wurde indes nicht erwähnt. Seit der Aufkündigung ihrer «Waffenruhe» im Dezember 1999 hat die ETA bei Anschlägen bereits zwölf Menschen getötet und etwa 30 verletzt. Spanien erlebt derzeit die blutigste Terror-Offensive seit vielen Jahren.

## Prodi weist Haider-Drohung zurück

«Eine Meinung und sonst nichts»

STOCKHOLM: EU-Kommissionspräsident Romano Prodi hat die Drohung des österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider mit einer Blockade der EU-Osterweiterung zurückgewiesen. Haider sei weder Kanzler noch Aussenminister, sagte Prodi am Freitag in Stockholm.

Bei seiner Äusserung vom Donnerstag handle es sich daher um «eine Meinung und sonst nichts». Der frühere Vorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) hatte erklärt, bezüglich der Osterweiterung der Europäischen Union werde es «keinen Schritt geben, dem

ich nicht zustimme». Prodi sagte, der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel habe ihm wiederholt versichert, dass Haider keine politische Mittel habe, um seinen Standpunkt in die Tat umzusetzen. Über die EU-Osterweiterung schwelt in der Regierungskoalition seit Wochen ein Streit zwischen der FPÖ und Schüssels Volkspartei (ÖVP).

Wie Prodi weiter mitteilte, sollen die jüngsten Äusserungen Haiders keine Auswirkungen auf die Entscheidung der so genannten «drei Weisen» haben, die derzeit im Auftrag der EU die innenpolitische Lage in Österreich überprüfen.

## Süd- und Nordkorea vereinbaren neue Gespräche

Annäherungsprozess soll ausgedehnt werden

SEOUL/PJÖNGJANG: Süd- und Nordkorea wollen ihren Annäherungsprozess künftig auf den militärischen Bereich ausdehnen. Zum Abschluss ihrer Versöhnungsgespräche einigten sich die beiden Delegationen in einer gemeinsamen Erklärung auf Militärtreffen.

Die am Freitag in Pjöngjang unterzeichnete Sieben-Punkte-Erklärung sieht die Fortsetzung der Diskussionen über gegenseitiges militärisches Vertrauen und den Abbau der Spannungen auf der geteilten Halbinsel vor.

Dagegen blieben nach südkoreanischen Angaben die konkreten Entspannungsver-

schlüsse des südkoreanischen Verhandlungsleiters, des Vereinigungsministers Park Jae Kyu, über die Einrichtung eines «heissen Drahts» und Kontakte ranghoher Militärs beider Länder unerwähnt.

Auf Grund der strittigen Fragen über Massnahmen im militärischen Bereich seien der Aufenthalt der südkoreanischen Delegation und die Veröffentlichung der Erklärung um einen Tag auf Freitag verschoben worden.

Park wurde am Freitag überraschend zum Frühstück vom nordkoreanischen Machthaber Kim Jong Il zu Gesprächen über das Ministertreffen empfangen.

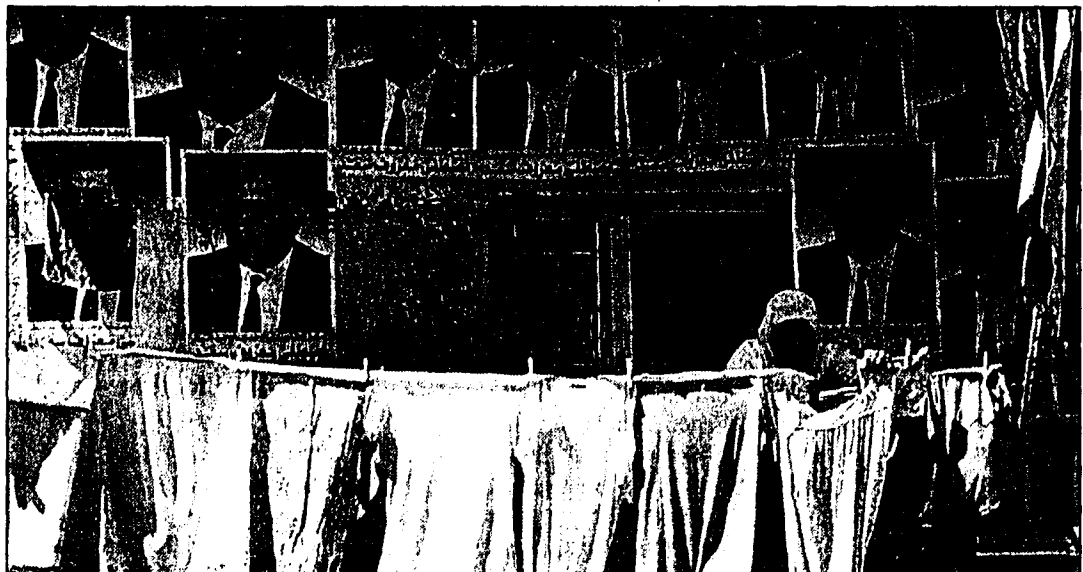
Kim habe dabei nach Angaben der südkoreanischen Delegation die Entsendung eines Wirtschaftsteams nach Südkorea zugesagt.

Während der Ministergespräche hatten sich beide Seiten bereits zuvor auf weitere Zusammenführungen getrennt lebender Familien sowie auf Grundlagen zum Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit verständigt.

Es waren die zweiten Gespräche auf Ministerebene seit dem historischen Gipfeltreffen beider Staaten im Juni in Pjöngjang. Die nächste Gesprächsrunde ist bereits für Ende September in Südkorea geplant.

## Libanon wählt Parlament

Am Sonntag folgt der zweite und entscheidende Wahlgang



Noch herrscht Alltag im Libanon. Die Wahlplakate zeigen der Bevölkerung aber deutlich auf, dass Parlamentswahlen anstehen. Am Sonntag wird die endgültige Entscheidung fallen. Ein Parlament mit 128 Abgeordneten soll in der zweiten und letzten Phase gewählt werden.